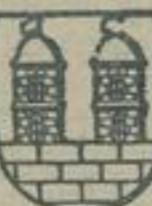


Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Der Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich neunzehn, 2 Mal für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung im Geschäft und den Umschaltern 2 Mk. im Monat bei Bezahlung durch die Posten 2,50 Mk., bei Postbeförderung 2,50 Mk. pro Tag. Die Postabholung ist von 8 bis 12 Uhr möglich. Werbung: Alle Werbungen müssen auf den Wilsdruffer Tageblatt eingetragen werden. Der Wilsdruffer Tageblatt ist eine Zeitung der Deutschen Presse. — Rücksendung eingesetzter Schreibstücke erfolgt nur, wenn Porto beilegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstamtssamt Tharandt, Finanzamt Rosenthal.

Nr. 156. — 84. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff - Dresden

Postleitzahl: Dresden 2640

Mittwoch, den 8. Juli 1925

Kolonialkrieg.

Tausende von Deutschen können sich einen Begriff von dem machen, was sich jetzt in Marokko bei den Kämpfen zwischen den Riffabalen und den Franzosen abspielt. Nicht nur jene Tausende von Deutschen, die jetzt in der französischen und der spanischen Fremdelegion als vaterlos gewordene Landsleute ihr Blut für Frankreich und Spanien vergießen, sondern auch jene Tausende von Deutschen, die im Weltkrieg in Palästina und Nordafrika, in Mesopotamien und Persien gesämpft haben. Was in Marokko der religiöse Fanatismus, der Hass gegen die „Rumi“, die Europäer, veranlaßte, das begünstigte in jenen asiatischen Gegenden das englische Gold. Ungeheuer war die Belastung, die der Schutz der Gasse gegen räuberische Überfälle der Araber erforderte. Beispielsweise war die Besetzung der quer durch Arabien von Damaskus nach Medina führenden Hedschasbahn weit stärker als die Kampfsäule der gesamten türkischen Front gegen die Engländer in Palästina. Ungeheuer waren die Munitionsvorräte, die an den Stationen dieser Bahn aufgebaut waren, und doch gelang häufig ein Überfall von Araberhorden auf derartige Stationen; sein äußerlich legten sie dann die erschöpften türkischen Soldaten, denen man wie geschlagene Hämme die Hölle durchschritten hatte, nebeneinander auf den Bahndamm. Keum einen Schritt hinaus tun konnte man über die stark besetzten Stationen und wenn eine Strafexpedition erfolgte, dann ließ sie in dem wilddurchriesenen Bergland ins Leere.

Und nun kommt über die Franzosen auch noch der gefährlichste Feind, den der Europäer in diesen Gegenden hat: die Sommerhitze. Gewiß sind die Fremdelegionen allmählich etwas an diesem Feind, die Sonne, gewöhnt, gewiß braucht der Franzose auf die Verluste, die bei diesen Truppenkörpern eintreten, nicht die geringste Mühe zu nehmen, aber schon sind ja von Frankreich die Truppenteile nach Marokko hinaübergeschafft worden, die diese Gewöhnung nicht besitzen und auf deren Verluste zittert man sehr große Blasphemie nehmen muß, weil es sich dabei um französische Landeskinder handelt. Außerdem werden sie wohl nicht gerade mit großer Freude und Begeisterung den Abmarsch nach Marokko angetreten haben, was von kommunistischer Seite rücksichtslos propagandistisch ausgenutzt worden ist. Sie geben hinein in den Kampf in der heißesten Jahreszeit, in einem Gelände, in dem die nackten Berge nicht durch Bäume oder Sträucher schattenspendend verschont werden. Sie liegen dort wie vor sieben Jahren die deutschen Soldaten auf dem harten Felsboden Jiddas, obendrein noch ausgeliefert den Augen eines unheimlich scharf treffenden, erbarmungslosen Gegners. Und von oben strahlt die noch erbarmungslose Sonne herab, in lodernder Glut...

Durchbar ist ein Kolonialkrieg unter solch einer Sonne, in solchem Gelände, gegen einen solchen Feind.

In Frankreich selbst ist man schon sehr, sehr unruhig. Ein besonderer parlamentarischer Untersuchungsausschuss hat die Verhältnisse in Marokko geprüft, natürlich nur, um das Volk zu beruhigen; denn an dem Willen des Parlaments, diesen Krieg in Marokko — koste es, was es wolle — zu einem Ende zu führen, das Frankreich zum mindesten einen nicht mehreren Haushalt Ausgang des Kampfes bringt, ist nicht zu zweifeln. Der seit Dezennien in Nordafrika kämpfende General Lyautey ist allerdings geopferzt worden; er wird nur noch das Amt eines Zivilgouverneurs behalten, während der General Langle das militärische Oberkommando in Marokko erhalten wird. Die neuesten Mitteilungen von dem Kriegsschauplatz sind für Frankreich katastrophal. Denn aus diesen natürlich ungünstig gesetzten Nachrichten geht zweifellos hervor, daß der Vorstoß Abd-el-Krim zu großen Erfolgen der Riffabalen geführt haben muß, da selbst der französische amtliche Nachrichtendienst den Absall einer ganzen Reihe von Städten in mittelt, die bisher auf Seiten der Franzosen standen, nun aber durch die Erfolge Abd-el-Krim zum Absall geworfen sind. Den Schrei nach einer französischen Gegenoffensive aber wird die Sonne erfüllen. Dies selbst, die eigentliche Hauptstadt Marokkos, die ja längst von den Franzosen besetzt ist, scheint bedroht. Und überall bereiten die Araberhorden die Stappensachen. Marokkanische Truppenteile haben die französischen Front durchbrochen und tragen den Krieg in den Rücken der Franzosen.

Neue Rüstungen, neue Kreditsforderungen in Frankreich sind die Folgen. Damit wirkt sich die Marokkocrise auch auf die französische Innenpolitik aus. Schon einmal haben die französischen Sozialisten die für Marokko geforderten Kredite abgelehnt. Vor damals in dieser Partei, die zum Linkspartei Painlevé gehörte, der Kampf um die Kredite noch ziemlich erbittert, ist jetzt sofort gemeldet worden, daß die Sozialisten die Kredite ablehnen werden. Painlevé muß sich also die Unterstützung von den Rechten holen, wie das auch bei der vorigen Kreditsforderung geschah. Schon damals sprach man infolgedessen von einer Kabinettscrise. Die Rechte wird ihm ja die Kredite bewilligen, aber ob sie das ohne Gegenleistung tut, ist mehr als zweifelhaft. In dieser außenpolitisch wichtigen Frage ist also die Regierung s-

Der Kabylendurchbruch in Marokko.

Die französische Front wankt.

Paris, 6. Juli.

Die alarmierenden Nachrichten, die aus Marokko hier eingetroffen sind und von einem neuen Durchbruch der Riffabalen, von dem Absall einiger bisher Frankreich treuer Stämme und einer Bedrohung vorliegen sprechen, haben in der französischen Öffentlichkeit die größte Erregung hervorgerufen. Die französische Regierung hat sich infolgedessen genötigt gesehen, die Erregung durch Erklärungen zu beschwichtigen. Das Land wird in dieser offiziellen Note aufgefordert, sich durch die in einem Kolonialkrieg unvermeidlichen Nöte nicht beunruhigen zu lassen. Man darf nicht vergessen, daß die gegenwärtigen militärischen Operationen in Marokko auf Schwierigkeiten stießen, die sich sehr erheblich von denen der früheren Operationen in diesem Lande und auch von denen eines europäischen Krieges unterscheiden. Der Gegner sei weit besser bewaffnet als vor zehn Jahren, und seine Angriffe verteilen sich über eine sehr ausgedehnte Front, wobei er sehr geschickt das Gelände und die modernen Kampfmittel benützt. Gleichzeitig erfolgt die feierliche Feststellung, daß Feind gesichert sei.

Diese offizielle Erklärung befähigt also die mäßige Lage der Franzosen vollends und wird als Beruhigungspille nur unvollkommen wirken. Zu gleicher Zeit werden von französischer Seite Berichte verbreitet, die von einer französischen Gegenoffensive zu meinden wissen, die bereits erfolgreich eingesetzt habe und vor der die vorgebrachten Marokkaner zu weichen beginnen.

Stockung der Marokko-Konferenz.

Die Madrider Marokkonferenz ist gegenwärtig auf einen toten Punkt angelangt. Es sollen zwischen Spanien und Frankreich Meinungsverschiedenheiten über die Beleidigungen bestehen, unter denen man mit Abd-el-Krim Frieden schließen könnte. Man würde Abd-el-Krim und der Riffbevölkerung volle wirtschaftliche und administrative Autonomie zusichern, allerdings unter nomineller Oberhoheit des Sultans. Die Grenze würde sich auf der französischen Seite längs des Uergassusses hinziehen. Man würde von Abd-el-Krim allerdings nur der Form halber

mehrheit, auf die sich Painlevé ruht, praktisch gesprengt, was sich innerpolitisch auswachsen kann.

Kolonialkriege haben nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland, z. B. im Jahre 1906, zu Kabinettscrisen geführt.

Frankreichs Kriegsschulden.

Regelung in den Grenzen des Möglichen.

Aus Anlaß des amerikanischen Unabhängigkeitstages gab die amerikanische Handelskammer in Paris einen Ball, an dem außer dem amerikanischen Botschafter auch der angestellte in Paris weisende Solicitor General Bac und Ministerpräsident Painlevé teilnahmen. Painlevé ergüßt bei dieser Gelegenheit das Wort zu einer Rede, in der er auch zu der Schuldenfrage Stellung nahm. Er erklärte, Frankreich verlange vom amerikanischen Volke, daß die Grenzen des Möglichen festgesetzt würden, und zwar mit dem Wirklichkeitssinn, der dem amerikanischen Volke eigen sei.

Zu gleicher Zeit ungefähr überreichte der französische Botschafter in London dem Außenministerium eine Note, die die Antwort auf die kürzlich erfolgte englische „Erinnerung“ in der Schuldenfrage darstellt. Die Note soll so gehalten sein, daß sie den Weg zu einer baldigen Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einer endgültigen Schuldentlastung anbahnt. Frankreich soll, wie es heißt, die Versicherung abgegeben haben, daß es noch nicht von der von Elementen aufgenommenen Politik abgelenkt sei, und daß es selbst eine baldige Regelung der Angelegenheit wünsche.

Die deutsche Antwortnote.

Englische Prophezeiungen.

Der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, er habe von zuständiger autoritativer Seite erfahren, daß die deutsche Antwort auf die französische Note zum Sicherheitspakt den Wunsch der deutschen Regierung ausdrücken werde, die Verhandlungen fortzuführen und zu einem Abschluss zu kommen. Dieser Wunsch werde in der deutschen Note klar zum Ausdruck gebracht werden, und man werde dabei an den letzten Teilen der französischen Note anknüpfen, in dem es heißt, daß Briand sich freuen würde, eine Antwort zu erhalten, die es erlaubt, Verhandlungen mit dem Zweck zu eröffnen, ein Abkommen abzuschließen, daß eine neu und wirksame Friedensgarantie bedeuten würde.

die Abreitung einiger Waffen fordern, seineswegs jedoch kein gesamtes Kriegsmaterial.

Spanisches Ersuchen an England.

Die spanische Regierung hat in London und Paris um Erlaubnis gebeten, in Tanger Truppen zu landen. Während Frankreich diese Erlaubnis wahrscheinlich bedingungslos erteilt wird, hat man von englischer Seite im Hinblick auf die Lage von Gibraltar Bedenken dagegen, den internationalen Charakter von Tanger durch eine stärkere spanische Garnison gefährden zu lassen. Wenn die Erlaubnis erteilt werden sollte, dürfte sie nur für einen engbegrenzten Truppenkontingent und für eine kurze Frist erteilt werden.

Erwägungen des englischen Kabinetts über die Sicherheitsfrage.

London, 7. Juli. Obwohl gegenwärtig keine interalliierten Verhandlungen über die Sicherheitsfrage stattfinden, werden die verschiedenen technischen Punkte, die sich aus dem Weißbuch und der Debatte im Unterhaus ergeben haben, vom Kabinett eingehend geprüft. Insbesondere wird die Frage erörtert, ob die Regierung auf die Teilnahme an Arbitrageverträgen verzichten könnte. Die Entscheidung gestaltet sich durch die Haltung der Dominien sehr schwierig. Es sei möglich, schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß Großbritannien ohne Teilnahme der Dominien Abkommen dieser Art mit Ländern wie Schottland und der Schotländischen Abhängigkeiten schließe. Bedeutend schwieriger sei es aber, solche Verträge ohne Zustimmung der Dominien mit Frankreich und Deutschland abzuschließen. Auf der anderen Seite werde die Meinung vertreten, daß Großbritannien, falls es sich von Arbitrageverträgen mit anderen Mächten völlig fern halte, nicht nur an Autorität einbüße, sondern auch den Schutz schwäche, den es als der hauptsächlichste Garant der französisch-deutschen und belgisch-deutschen Arbitrageverträge notwendigerweise besitzen müsse.

Die englisch-russische Verständigung.

Paris, 7. Juli. Nach einer Meldung aus Moskau ist der sowjetrussische Gesandte in Peking angewiesen worden, den englischen Unterländer die Pässe nach Sibirien zu verweigern.

Was die Friedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei angeht, werde die deutsche Note darauf hinweisen, daß das ursprüngliche deutsche Angebot davon ausging, daß Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes sei. Die Note werde sodann erklären, daß, indem Deutschland Mitglied des Völkerbundes werde, wie dies insbesondere Frankreich wünsche, seine Beziehungen zu den östlichen Nachbarn vollkommen andere und durch die Völkerbundssatzung geregelt werden würden. Hieraus würde folgen, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund Friedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei unmöglich machen würde.

Indem die Note diese Wendung nehme, werde sie sich auf das ursprüngliche deutsche Angebot zurückkommen sondern werde vor allen Dingen eine Entwicklung zu vermeiden suchen, die zu einem Durchmarsch französischer Truppen durch deutsches Gebiet führen könnte. Die Note werde dann noch auf die Unvereinbarkeit der Ausschüsse Chamberlains im Unterhaus mit der Briandischen Mitteilung hinweisen.

Die chinesische Krise.

Gesährliche amerikanische Zugeständnisse.

Wie aus Shanghai gemeldet wird, sind noch keine Anzeichen für eine baldige Beilegung des Streits vorhanden, da die chinesische Handelskammer wiederum 500 000 Dollar den Streitenden überwiesen hat. Diese Summen gehen aus dem Auslande für die Streitenden ein. Die ausländischen Geschäftsländer bezeichnen diese Aktion der Handelskammer als einen Versuch, den Streit zu verlängern.

Der neue amerikanische Gesandte in China Murray, der in Shanghai eingetroffen ist, hat erklärt, er sehe keine Möglichkeit für Amerika, von seiner traditionellen Politik der offenen Tür und der territorialen Integrität Chinas, die den Schutz von amerikanischen Leben und Eigentum gewährleiste, abzugehen.

Obwohl nun eine amtliche Mitteilung aus Washington über eine chinesische Konferenz noch nicht vorliegt, daß man in London die gegenwärtigen Erörterungen über die Minderung der extraterritorialen Rechte für Ausländer in China für in hohem Grade gefährlich. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, es sei man auch in japanischen Regierungstreffen gegen eine derartige Konferenz. Der Korrespondent weiß darauf hin, daß es hauptsächlich die amerikanischen Missionare in China gewesen seien, die ihre Regierung zu Zugeständnissen gegenüber dem chinesischen Chauvinismus veranlaßt hätten.